



## **Quo vadis Bildung?**

Offene und verdeckte Privatisierung im Bildungssystem

Jens Wernicke

## **Gliederung**

### **1. Damals: Was bisher geschah**

- 1.1. Vom Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung...
- 1.2. ...und den Interessen dahinter
- 1.3. ...zum Geschäftsmodell Bildung

### **2. Heute: Theoretische Fundierung und konkrete Beispiele**

- 2.1. Eindimensionale Privatisierungsanalyse
- 2.2. Mehrdimensionale Privatisierungsanalyse

### **3. Morgen: Wohin der Wind weht**

## **1. Damals: Was bisher geschah**

## 1.1. Vom Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung...

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

Den Apologeten, die immer behaupten, heute ginge es Lehrern und Schülern so gut wie nie zuvor, noch nie sei „sooo viel Geld“ ausgegeben worden etc., muss widersprochen werden, denn:

1. Weisen ihre Grafiken immer nur Beträge aus, die nicht inflationsbereinigt sind. Allein, bereinigt man diese Zahlen, bleibt von den massiven Aufwüchsen in der Regel nichts übrig. Als Beispiel: Wenn binnen 10 Jahren aus 1 Milliarde 1,1 Milliarden werden, sieht das nach „10 Prozent“ mehr aus. Bezieht man jedoch die jährliche Inflation von rund 2 Prozent mit in die Betrachtung ein, wird der Vergleich erst ein realistischer: **Aus 1 Milliarde damals sind inflationsbereinigt heute 800 Millionen geworden**, die Aufwendungen also um 20 Prozent entsprechend 200 Millionen gesunken. Diese wurden nun zwar um 100 Millionen Euro erhöht, es ergibt sich jedoch ein Gesamtvolumen von lediglich 900 Millionen Euro an Geldwert – und somit einem realen „Minus“ von 10 Prozent zu vor 10 Jahren.
2. Zudem gilt: Was „Bildung“ ist, hat sich massiv verändert. Die Schule von heute ist nicht mehr die Volksschule von 1950. Und: Aus 5 Prozent AbiturientInnenquote in 1950 sind 45 Prozent in 2008 geworden. Alles in allem: **Viel mehr junge**

**Menschen verbleiben heute viel länger in viel „aufwändigeren“ Bildungsgängen als einst.**

3. Außerdem: Mehr Geld für den Kultushaushalt heißt noch lange nicht mehr Geld für guten Unterricht. Mit einem potentiellen „Mehr“ an Geld können stattdessen bspw. auch Behördenapparate aufgebläht oder können Schulinspektionen und Testverfahren finanziert werden. Vor allem aber scheint aktuell ein Trend feststellbar zu sein: Dass der Verwaltungs-, Organisations- und Kontrollaufwand an Schulen immer mehr zunimmt. **So können selbst potentielle 5 Prozent mehr Mittel, die direkt an die Schulen gehen, jedoch zugleich 10 Prozent mehr Verwaltungsarbeit bedeuten, konkret einen Abbau pädagogischer Arbeit, kann also selbst ein Mehr an Geld ein Weniger an gutem Unterricht bedeuten!**
4. Zusätzlich ist ein „Es ist aber mehr geworden“ ohnehin ein apolitisches Argument, wenn es ohne Maß und Vergleich daherkommt. **Eine Oase in der Wüste ist schließlich längst noch keine Wasserversorgung für ein Neubaugebiet!** Als Vergleichsmaßstäbe bieten sich unter anderem zwei Dinge an: Zum einen ein Vergleich dessen, was Bildung in diesem Land früher und heute „wert“ war – zum anderen, was sich andere Staaten diese kosten lassen.

## Bildungsausgaben sinken als Anteil am BIP



### Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel) in Relation zum BIP

1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
5,11	4,77	4,14	3,65	4,11	3,93	3,92	3,84	3,86	3,96	3,96	3,90	3,86	3,79	3,79	3,69

Quelle für 1975 bis 2005: BLK Bildungsfinanzbericht 2004/2005, Heft 137-II, vom Oktober 2006, S.42  
Quelle für 1995 bis 2008: Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2008, S.83.

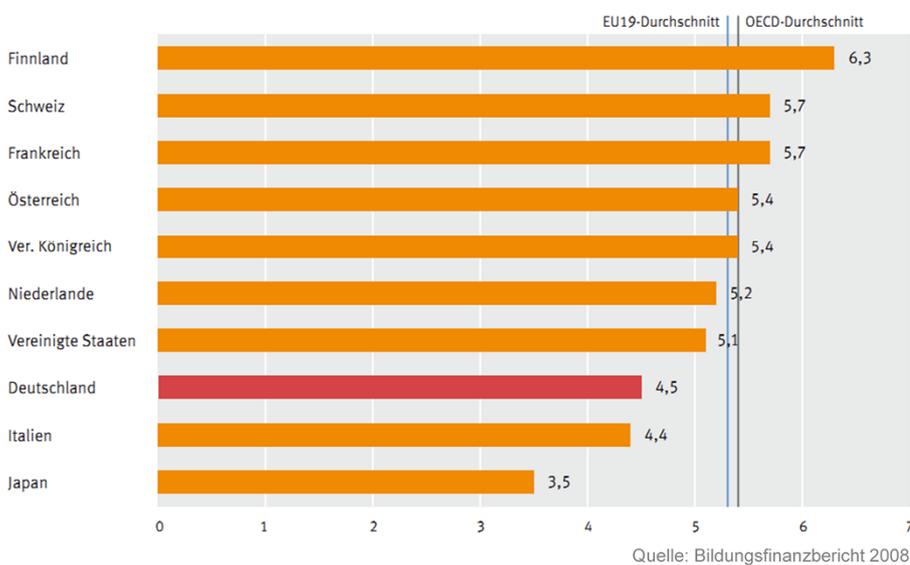
Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

Beachtet werden muss an dieser Stelle: Allein, gäben wir heute noch den gleichen BIP-Anteil für Bildung wie 1975 aus, wären dies rund 35 Milliarden Euro an Mehrausgaben.

## Deutschland im internationalen Vergleich



Abbildung 5.3.2-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum BIP 2005 in %



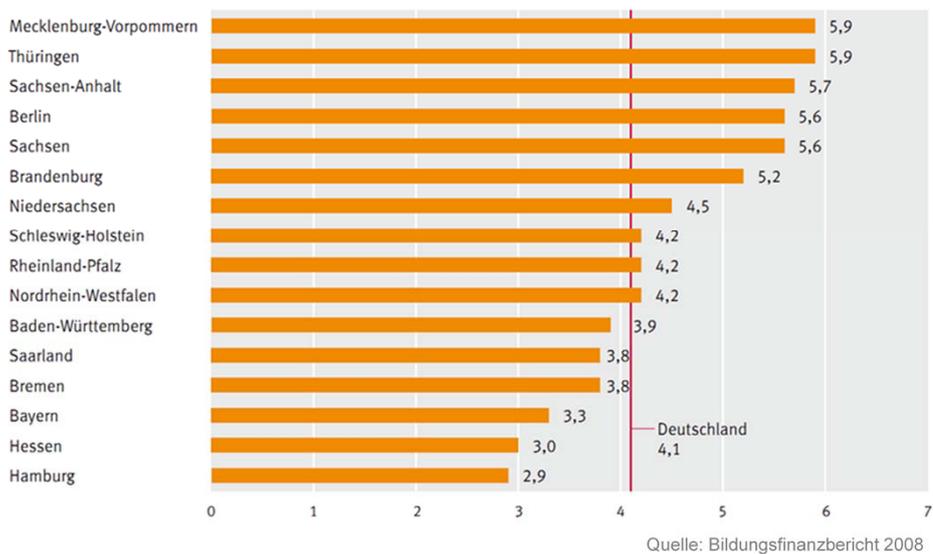
Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

Würde Deutschland in etwa soviel BIP-Anteil für Bildung aufwenden wie die „Spitzenreiter“ unter den OECD-Ländern, bedeutete dies in etwa 70 Milliarden Euro mehr für die Bildung bundesweit.

## Hessen im Bundesländervergleich



Abbildung 5.3.2-2 Öffentliche Ausgaben für Bildung (ISCED 1 bis 6) in Relation zum BIP 2005 in %



## 1.2. ...und den Interessen dahinter

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

Ab etwa 1975 findet die „dreidimensionale Wende“ statt: In Verwaltung, Politik und Ökonomie findet eine Umdefinition des Staates und staatlichen Handelns statt:

1. Verwaltung: New Public Management etc.
2. Ökonomie: Finanzmärkte werden dereguliert, Neo-Klassik verdrängt Keynesianismus.
3. Politik: Staat wird vom Helfer in der Not zum Problem; neoliberale Ideologie setzt sich durch, was bedeutet: Wenn der Staat geht, wird, wo nur noch der Markt regiert, alles gut werden, „Wohlstand für alle“ generiert.

## Materielles Resultat: Staatsauszehrung und Sozialabbau



### Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen

Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



1998 bis 2005  
Senkung von Einkommen-  
und Unternehmensteuern

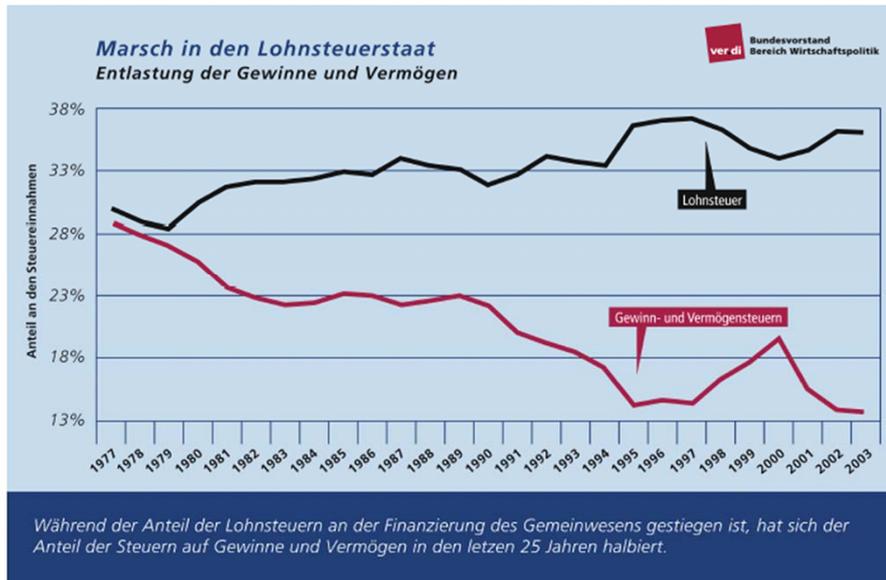
Mehrwert-  
steuererhöhung

Konjunkturpakete  
Wachstumsbe-  
schleunigungsgesetz

Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
SONDERMEMORANDUM 2010

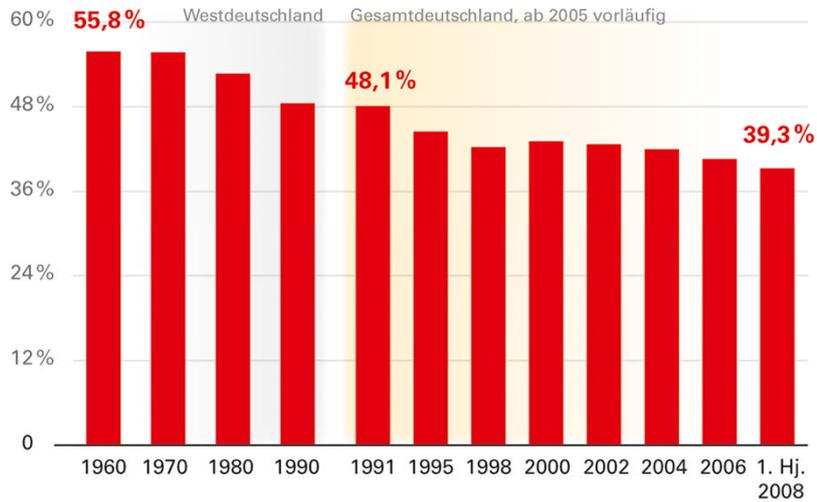
## Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben



## Materielles Resultat: Umverteilung von unten nach oben



### Entwicklung von Nettolohnquote...



Quelle: Böckler Impuls 19/2008, S. 1

## Unternehmen verdoppeln ihre Gewinne



\* Kapitalgesellschaften im engeren (AG, GmbH u.ä.) und weiteren Sinn (oHG, KG u.ä.)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schäfer/WSI 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

Quelle: Böckler Impuls 19/2007, S. 1

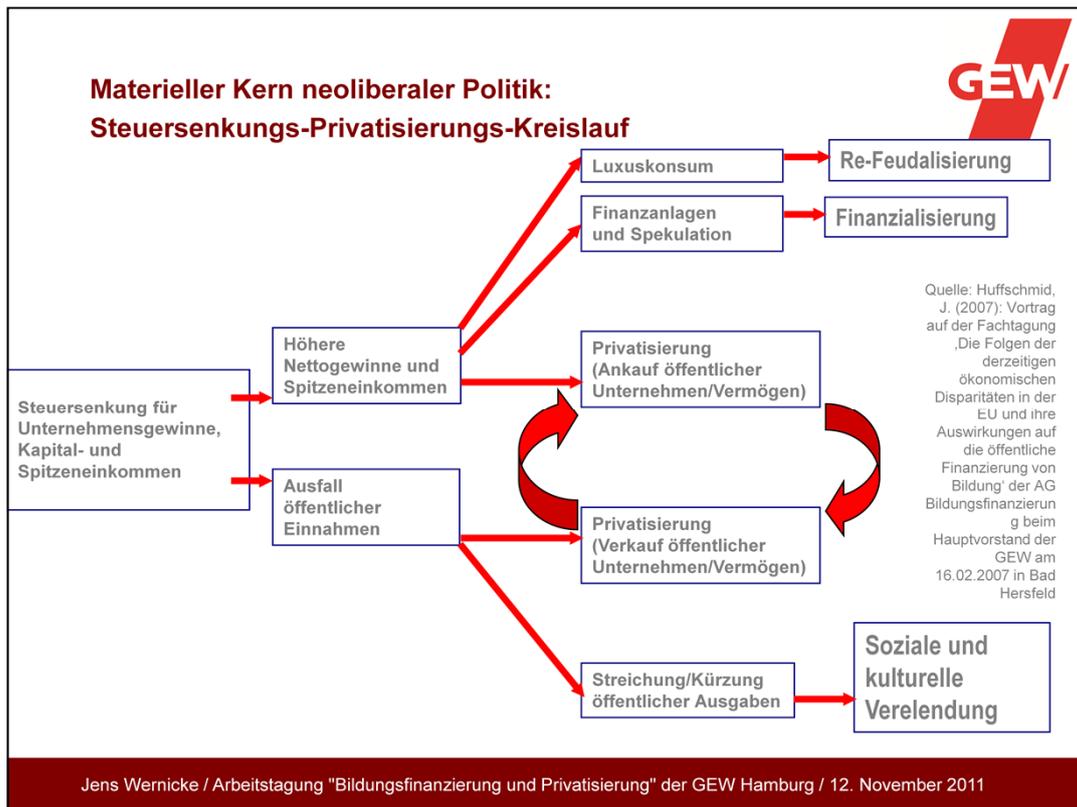
„Längst kritisieren auch bekannte Wirtschaftswissenschaftler wie Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, die "Auswüchse" des Neoliberalismus und beklagen die wachsende soziale Ungleichheit als dessen unerwünschtes Nebenprodukt.

Falsch, sagt David Harvey: Weshalb kommt diesen Leuten denn "nie der Gedanke, dass die soziale Ungleichheit womöglich von Anfang an der Zweck der ganzen Übung war"? Die neoliberale Wende, so Harvey, wurde in den 70er-Jahren zu dem alleinigen Zweck eingeleitet, die Klassenmacht einer gesellschaftlichen Elite wiederherzustellen, die befürchtete, dass ihre Privilegien nachhaltig beschnitten werden könnten.“

**David Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Klappentext**

Die Methode der Wahl heißt: „Akkumulation durch Enteignung.“

**David Harvey: Der neue Imperialismus**



Zusammenfassend lässt sich (zudem) sagen: Es lassen sich vor allem zwei Strategien für Kapitalakkumulation und Profitmaximierung erkennen:

1. Wird der Wohlfahrtsstaat mehr und mehr zurückgedrängt, die „freiwerdenden“ Staatsgelder werden überwiegend den Wohlhabenden übereignet.
2. Die brachliegenden Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden hiernach von diesen in Besitz genommen, also „privatisiert“.

Das ist „Neoliberalismus“, darum geht's.

### 1.3. ...zum Geschäftsmodell Bildung

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

1. Um nicht missverstanden zu werden:

- Es gibt keine „Verschwörung“ und keinen „Masterplan“ zur Ökonomisierung oder Privatisierung des Schulwesens oder anderer gesellschaftlicher Bereiche,
- ...sehr wohl aber mächtige, indifferente und teils auch widersprüchliche (Verwertungs-)Interessen, die sich hier Rendite- und Einflussmöglichkeiten erschließen wollen.

2. Was aber hat das alles jetzt mit Bildung zu tun? Nun, ganz einfach:

„Nach Schätzung des Bankhauses Merrill Lynch beträgt das Finanzvolumen des globalen Bildungsmarkts (der knowledge enterprise industry) rund 2.200 Mrd. US-Dollar jährlich.“

*Ingrid Lohmann: Universität, neue Medien und der globale Bildungsmarkt. Wie Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen transformiert werden*

Und das weckt sehr konkrete Begehrlichkeiten...

## OECD-Strategie



„Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich **Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen**, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, **für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen oder bestimmte Tätigkeiten ganz einstellen.**“

Quelle: OECD (1996): The Political Feasibility of Adjustment. Policy Brief No. 13

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

Was hat das nun mit Deutschland zu tun? Nun, eben dieses Konzept findet seit Jahren Anwendung – flankiert von hervorragender PR. Unter anderem dieser hier:



„Wer im internationalen Bildungswettbewerb Erfolg haben will, muss zu einem fundamentalen bildungspolitischen Richtungswechsel bereit sein. Es gilt, das Bildungssystem **in die Freiheit zu entlassen. Markt muss den Staat ersetzen.** Mehr Markt ist nicht das Ende der staatlichen Bildungspolitik. Es ist aber der Anfang von mehr Wettbewerb und mehr Selbstbestimmung.“

„Ein modernes Bildungssystem braucht nicht mehr staatliches Geld, sondern die Erlaubnis, Strukturen selbständig zu wählen und **eigene Wege der Finanzierung zu gehen.** Das heißt nicht, dass sich der Staat aus der Bildungspolitik zurückziehen soll. Im Gegenteil: Weil „mehr Bildung für alle“ eben „mehr Wachstum für alle“ bedeutet, ist es richtig, daß Steuergelder mit im Spiel bleiben.“

„Der Staat soll weiterhin mit direkten Finanzhilfen Gerechtigkeitsziele erfüllen, Chancengleichheit schaffen und private Bildungsinvestitionen anregen. Er soll jedoch diese Ziele **nicht über die Angebotsseite und staatliche Bildungseinrichtungen anpeilen.** Besser, er **stärkt die Nachfrageseite und unterstützt direkt finanziell schwache Studierende und erfolgreiche Forscher/innen.**“

**Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts,  
FAZ vom 10. September 2006**

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

1. Neoliberalismus: Markt statt Staat. Wichtig ist: das ist per se weder „Selbstständigkeit“ noch „Autonomie“, sondern neue und andere Fremdbestimmtheit.
2. Nicht die Angebotsseite unterstützen, heißt, sich aus der Finanzierung zurückzuziehen und diese „dem Markt“ zu überlassen.

Ziel ist, die Umverteilung der staatlichen Bildungsausgaben von „oberen“ hin zum „unteren“ Bereich und dann sukzessive die Privatisierung der Kosten von oben an.

## **2. Heute: Theoretische Fundierung und konkrete Beispiele**

## **2.1 Eindimensionale Privatisierungsanalyse (Privatisierung als stringenter Prozess)**

Um Bildungsmärkte zu realisieren, müssen in der neoliberalen Logik folgende strukturelle Änderungen durchgeführt werden, wie diese im Hochschulbereich aktuell überall zu beobachten sind:

**1. Modularisierung und Zertifizierung**

**2. Bepreisung und Budgetierung**

**3. Bereitstellung von Marktinformationen**

**4. Privatisierung**

Quelle: Memorandum 2006

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

1. Bildungsabschnitte werden nun eingeteilt in Module, die zertifiziert werden. Dort werden bei Bestehen „skill-cards“ – also Zertifikate – ausgegeben. Jedes Modul kann auf dem Bildungsmarkt angeboten werden.
2. Die Ware Bildung muss nun bepreist werden. Sie darf nicht umsonst bleiben, sonst kann man nicht mit Bildung handeln. Deshalb werden Gebühren oder äquivalente Systeme wie Bildungssparen und -konten oder eine begrenzte Anzahl öffentlich finanzierter Bildungsgutscheine eingeführt. Der Bund bzw. die Länder gewähren den Hochschulen (und Schulen) eine Budgetautonomie.
3. Für einen Bildungsmarkt werden Informationssysteme benötigt: Diese sind zum einen der Preis für Bildung (Gebührenhöhe) und zum anderen ein System normsetzender Vergleiche (z.B. Uni-Rankings) bzw. Akkreditierungsagenturen, durch deren Informationen sich verschiedene Preissegmente ausbilden können.
4. Die staatliche Bildung wird reduziert auf kleine Bereiche der „staatlichen Grundbildung“. Die restlichen Bildungsbereiche werden (teil)privatisiert und in so genannte „Private-Public-Partnerships“ umgewandelt. Bildungseinrichtungen werden zu marktfähigen Bildungsanbietern bzw. Bildungsproduzenten umgewandelt.“

## **2.2 Mehrdimensionale Privatisierungsanalyse (Privatisierung als zweidimensionales Kontinuum)**

## 1. Exogene Privatisierung

- Ersetzen von Staats- durch Privatschulen und -hochschulen (Trägerschaft wird an Stiftungen, gemeinnützige Vereine, Unternehmen o.a. übertragen)
- Ersetzen einzelner (An-)Teile des staatlichen Bildungsangebots durch ein privates, bspw. schlechter werdende schulische Bildung durch privaten Nachhilfeunterricht (Schule allein reicht nicht mehr aus)
- Privatisierung von Schulaufsicht, Schulverwaltung, Lehrerbildung etc. mit oder ohne Public-Private-Partnership (PPP)
- Bildungspolitik selbst wird privatisiert (Inanspruchnahme externer Beratung, Forschung, Evaluation etc.: Bildungsmonitor der INSM usw.)
- Definitionsgewalt darüber, was „Bildung“ ist, wird Privaten überantwortet (PISA, Sponsoring von Lehrbüchern etc. pp.)

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education

## Beispiel private Bildungsanbieter



### Private Bildungsanbieter gewinnen dramatisch an Bedeutung Datum: 11.9.2009

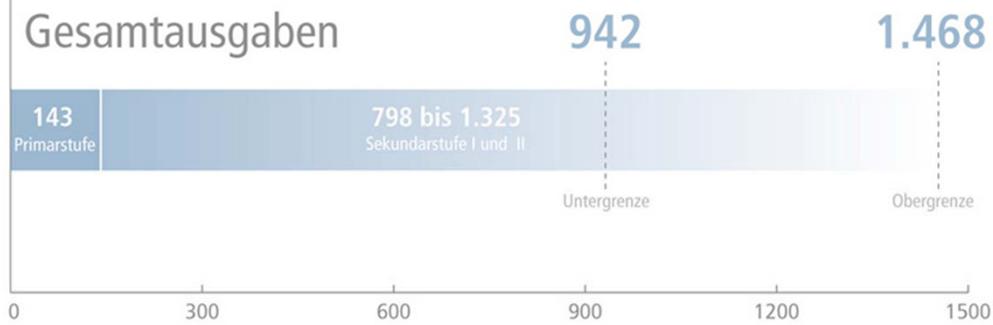
	1995	2002	2007	Veränderung von 1995 bis 2007
Zahl der allgemeinbildenden Privatschulen <sup>1</sup>	2.116	2.522	3.020	+ 43 Prozent
Zahl der beruflichen Privatschulen <sup>2</sup>	1.483	1.822	1.926	+ 30 Prozent
Schüler/innen an allgemeinbildenden Privatschulen <sup>3</sup>	486.750	590.397	674.892	+ 33 Prozent
Schüler/innen an beruflichen Privatschulen <sup>4</sup>	142.746	197.831	237.408	+ 66 Prozent
Zuschüsse der Länder für private Schulen <sup>5</sup>	2,4 Mrd. €		3,8 Mrd. € (2005)	+ 50 Prozent
private Hochschulen (ohne kirchliche) <sup>6</sup>	24	51	86	+ 300 Prozent
Studierende an privaten Hochschulen (ohne kirchliche) <sup>7</sup>	15.948	33.287	71.130	+ 346 Prozent
öffentliche Zuschüsse für nicht-staatliche Kindertageseinrichtungen	3,15 Mrd. €	4,36 Mrd. € (2000)	5,7 Mrd. €	+ 81 Prozent

## Beispiel Nachhilfe



Ausgaben für Nachhilfeunterricht für Schüler/innen in der Primarstufe und den Sekundarstufen I und II allgemein bildender Schulen

Angaben in Millionen Euro.



Quelle: Bertelsmann Stiftung: Ausgaben für Nachhilfe – teurer und unfairer Ausgleich für fehlende individuelle Förderung. Gütersloh 2010. Berechnungen von Klaus Klemm und Annemarie Klemm.

BertelsmannStiftung

### Box 7: Education Services Industry in the UK

The 'education services industry' as a whole is growing fast 'at impressive rates of 30% per annum' according to the UK City finance house Capital Strategies (quoted in Guardian Education, 20.06.2000 p.2). According to the Guardian report, the UK Education and Training Shares Index has since January 1996 significantly out-performed the FTE-SE 100. The smart money is getting into 'education services'.

'I believe that schools will be putting all their back office services [once mainly supplied by local government] into the private sector within a few years ... Everyone will want to earn a reasonable margin'. (Graham Walker, Head of Arthur Andersen's government services department, quoted in the *Times Education Supplement* 9. 1. 98)

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education, S. 25

## Beispiel Lehrerausbildung



### Hauptförderer

Hauptförderer sind Unternehmen und Stiftungen, die mindestens zwei Jahre lang maßgeblich zum Programmaufbau und zur Umsetzung von Teach First Deutschland beitragen.

- **Deutsche Post DHL**  
Die Deutsche Post DHL unterstützt Teach First Deutschland materiell und kommunikativ beim Organisations- und Programmaufbau und finanziert das Jugendcamp Camp4us, das Bestandteil der Fellow-Qualifizierung ist. Mitarbeiter der Deutschen Post unterstützen die Fellows als ehrenamtliche Experten und Coaches.
- **LANXESS AG**  
Die LANXESS AG fördert die Programmumsetzung von Teach First Deutschland. Ein besonderer Schwerpunkt der Zusammenarbeit von LANXESS und Teach First Deutschland liegt in der Gewinnung und Weiterbildung herausragender Hochschulabsolventen naturwissenschaftlicher und technischer Studienfächer für den Einsatz als Fellow.
- **Robert Bosch Stiftung**  
Die Robert Bosch Stiftung fördert die fachliche Qualifizierung der Fellows und unterstützt Teach First Deutschland mit ihrer Expertise im Bereich der Schulentwicklung.
- **Vodafone Stiftung Deutschland**  
Die Vodafone Stiftung Deutschland finanziert Teach First Deutschland im Rahmen des Förderprogramms "World of Difference", ein weltweites Programm der Vodafone Stiftungsfamilie.
- **McKinsey & Company**  
McKinsey & Company unterstützt Teach First Deutschland seit dem Start konzeptionell und organisatorisch, ebenso wie die Schwesterinitiativen Teach First in Großbritannien und Teach for America in den USA.
- **Deutsche Lufthansa AG**  
Die Deutsche Lufthansa ermöglicht Teach First Deutschland Fellows unter anderem die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten der Lufthansa School of Business.

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

»Once we get people who have experienced and gone through TFA as union heads and secretaries of education and presidents of school boards«, Carlberg says, »then we will see the large systemic change that is needed in this system.«

*USA Today vom 29. Juni 2009 über Teach for America*

## Beispiel PISA



„Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die PISA-Tests mit ihrem Verzicht auf transnationale curriculare Validität (...) und der Konzentration auf die Erfassung von Basiskompetenzen ein didaktisches und bildungstheoretisches Konzept mit sich führen, das *normativ* ist.“

*Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001, S. 19*

„Schüler sollen nach PISA *nicht* lernen, nach dem Sinn des Lernens zu fragen, sondern sie sollen Aufgaben lösen, gleichgültig welche. Der von PISA als kompetent Geprüfte soll später einmal ebenso Babynahrung produzieren können wie Landminen. Angesichts der Kriterien von PISA (und einer auf PISA ausgerichteten Schule) sind beide Aufgaben gleich gültig. Und sie bedürfen der gleichen Kompetenzen.“

*Volker Ladenthin: PISA und Bildung? Volker Ladenthin im Interview mit Rolf-Michael Simon, Neue Ruhr Zeitung vom 18.11.2007*

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

### Die Testindustrie hinter PISA:

„PISA steht für die scheinbare Entpolitisierung der Bildungspolitik: da geht es um objektive und unangreifbare Rankings und um Outputsteuerung. Welches Land, welche Schule, welcher Unterrichtsmethode hat die höchsten Outcomes? Das wird dann zum Maßstab. Doch wer legt fest, welche Ergebnisse zählen? Die OECD als die Veranstalterin von PISA, also eine Organisation zur Steigerung der Wirtschaftskraft? Die ist nur die letzte Instanz. Tatsächlich ist PISA ein von großen internationalen Assessment- und Testing-Firmen betriebenes Unternehmen.

Geleitet wird PISA von ACER, einem privatwirtschaftlich arbeitenden australischen Forschungs- und Test-Institut, das weltweit operiert, mit Schwerpunkt in Indien und in der arabischen Welt. Es entwickelt Reports und Testinstrumente für Regierungen und internationale Organisationen. Mit im Boot sitzt ETS, der US-amerikanische Educational Testing Service, in den USA der Marktführer in der Test-Branche. ETS verwaltet den SAT, den Scholastic Aptitude Test, der an allen namhaften US-Hochschulen als Eingangstest verwendet wird. Ein weiteres PISA-Unternehmen ist CITO, das holländische Testing-Institut, das auch in Deutschland eine Filiale hat und Tests vom Vorschulkind bis zum Erwachsenen verkauft.“

*Karl-Heinz Heinemann (2007): [Knatsch um Pisa – CDU fordert den Rauswurf des Pisa-Koordinators](#)*

## 2. Endogene Privatisierung...



- stl. Bildungseinrichtungen werden ausgezehrt, Drittmittelakquise forciert
- staatliche Bildungseinrichtungen werden zu Unternehmen umgebaut und anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien organisiert (NPM etc.):
  - Ziel- und Leistungsvereinbarungen (Leistung bspw.: Berufsschüler finden gleich Arbeitsplatz), eigene Budgets, teils eigene Personalverantwortung, Schulmanager und -vorstände, „Output“-Orientierung, Schulprofile werden installiert
  - so genanntes „Qualitätsmanagement“ wird installiert, wobei Qualität „Effizienz bei der Erfüllung quantitativer Kriterien“ umschreibt
- Markt, Wettbewerb, Konkurrenz werden unter ihnen erzwungen

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

**Überleitung:** ABER – das ist nicht alles. Denn, wie die Bildungsinternationale konstatiert:

„Around the world, forms of privatization are being introduced into our public education systems. Many of the changes are the result of deliberate policy, often under the banner of ‘educational reform’ and their impact can be far-reaching, for the education of students, for equity, for the conditions of teachers and other educational personnel. Other changes may be introduced unannounced: changes in the way schools are run which may be presented as ‘keeping up with the times’, but in reality reflect an increasingly market-based, competitive and consumerist orientation in our societies. **In both cases, the trend towards privatization of public education is hidden. It is camouflaged by the language of ‘educational reform’, or introduced stealthily as ‘modernization’.**“

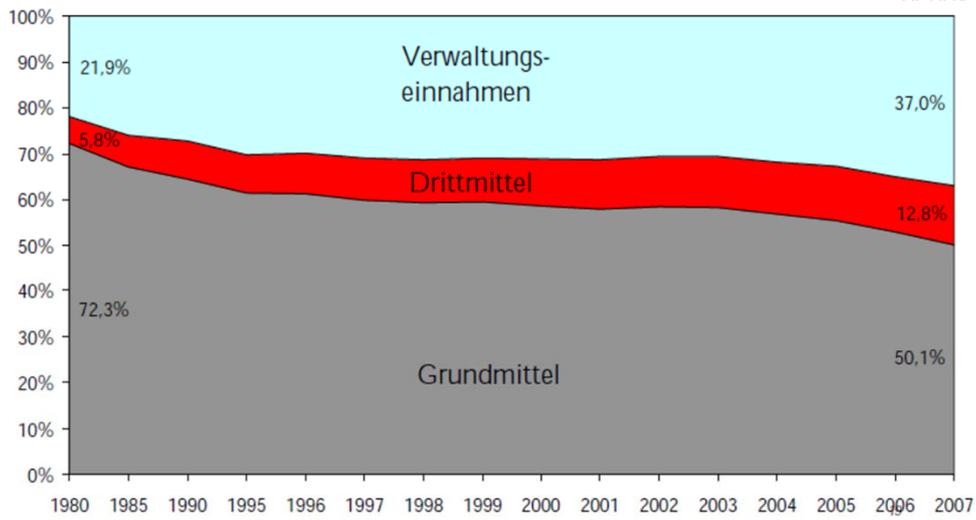
*Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education, S. 3*

Diese Form von Privatisierung klassifiziert die Bildungsinternationale als „endogene Privatisierung“ – also eine Privatisierung „von innen“, „aus sich heraus“..

**...bedeutet:**

- Selbstverwaltung des qua Unterfinanzierung bestehenden Mangels durch die Bildungseinrichtungen selbst; vermeintliche Unverantwortlichkeit der Politik („Autonomie“ der Einrichtungen);
- BürgerInnen werden für die Institutionen zu KundInnen;
- Bildung wird zur Ware bzw. zum Produkt („Outputorientierung“);
- zunehmendes Einsickern externer Interessen ins Bildungssystem (Marktorientierung, Drittmittelabhängigkeit, Akkreditierung, Hochschulräte, Schulvorstände etc.);
- Markt für Evaluations- und Zertifizierungsdienstleistungen wird geschaffen (SEIS, PISA etc.);
- bessere Wettbewerbsbedingungen für private Bildungsanbieter;
- Institution ist „übernahmefähig“.

## Beispiel Hochschulfinanzierung



Quelle: Gunter Quaißer und Klemens Himpele: Ökonomische Rahmenbedingungen und Hochschulfinanzierung, 2010

## Beispiel Hochschulräte



### **DIE LINKE kritisiert wachsende Bedeutung der Hochschulräte – Wirtschaftsvertreter zu stark vertreten**

Geschrieben am 10. Mai 2010

**Hannover.** DIE LINKE im Landtag hat die Zusammensetzung der Hochschulräte als zu einseitig kritisiert. Die Räte seien zu stark mit Wirtschaftsvertretern besetzt. Fast die Hälfte der 95 frei wählbaren Ratsmitglieder komme von der Arbeitgeberseite, lediglich eines, und zwar an der Universität Oldenburg, aus einer Gewerkschaft. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor.

Victor Perli, der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, erklärte dazu: „Die Hochschulräte haben durch die Wissenschaftsminister Thomas Oppermann

## Beispiel Verwaltungsmodernisierung



HESSEN Hessische Staatskanzlei hessen.de | Inha

Startseite Ministerpräsident Über uns Hessen in Berlin Presseservice Kongresse und Initiativen Su

Kongresse und Initiativen

- Nachhaltiges Hessen
- Demographie
- Ehrenamt
- Verwaltungsmodernisierung
  - Privatisierung**
    - Universitätsklinikum Gießen und Marburg
    - Public Private Partnership
    - Landesinterne Fortbildung
    - Beteiligungen des Landes
    - Gefängnisse (Teilprivatisierung)
    - Straßenmeistereien
    - Neue Landesbetriebe
    - Bürokratieabbau
    - E-Government
    - Bündelung & Delegation
    - Neue Verwaltungssteuerung
    - Personalmanagement
    - Publikationen
    - Erfahrung hat Zukunft 2007
    - Nanotech-Konferenz 2006

Kongresse und Initiativen > Verwaltungsmodernisierung > Privatisierung

### Aufgabenabbau, Privatisierung

Der Abbau bzw. die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist eines der wichtigsten Ziele der Verwaltungsreform. Jede staatliche Leistung soll auf ihre Notwendigkeit und ihre Privatisierungsfähigkeit hin überprüft werden. Bisher von Behörden ausgeführte Leistungen wie Vermessungen können zum Beispiel von öffentlich bestellten Sachverständigen erledigt werden oder Unternehmen können anstelle staatlicher Behörden Aufträge übernehmen. Voraussetzung dafür ist, dass der Privatisierung keine rechtlichen Vorgaben entgegenstehen sowie die privaten Unternehmen die hinsichtlich Umfang und Qualität definierten Leistungen zu günstigeren Kosten erbringen können, als dies im Zuge der verwaltungsinternen Leistungserbringung der Fall wäre.

#### Die Umsetzung

Alle Aufgabenbereiche der Hessischen Landesverwaltung sollen grundsätzlich auf ihre Notwendigkeit und ihr Privatisierungspotenzial hin überprüft werden.

Zunächst muss dabei festgestellt werden, welche Aufgaben privatisierungsfähig sind. Wenn ein Verwaltungsbereich grundsätzlich als privatisierungsfähig eingestuft worden ist, werden die konkreten Möglichkeiten überprüft - meist von eigens dafür eingerichteten Projektgruppen, die federführend von einem oder mehreren Ministerien betreut werden.

Für einige Bereiche liegen bereits konkrete Ergebnisse vor, bei anderen ist die Einstufungs- und Überprüfungsphase noch nicht abgeschlossen, so dass auch noch nicht klar ist, ob und in welchem Umfang dort staatliche Aufgaben privatisiert werden. Dort, wo rechtliche Hindernisse einer Privatisierung entgegenstehen, wurden teilweise Gesetzesänderungen auf Landes- oder Bundesebene in die Wege geleitet.

Ansprechpartner:  
Hessische Staatskanzlei  
[Dr. Wolf-Henner Smetheke](#)

„Der Abbau bzw. die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist eines der wichtigsten Ziele der Verwaltungsreform. Jede staatliche Leistung soll auf ihre Notwendigkeit und ihre Privatisierungsfähigkeit hin überprüft werden.“

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

## Beispiel Beschäftigungsverhältnisse



„Darüber hinaus werden wir den Schulen eine Fülle von Vorschlägen machen, wie sie **Lücken in der Unterrichtsversorgung schließen** können, für die es in ganz Deutschland keine Personen gibt.“

Hessens Kultusstaatssekretär Brockmann zu den vermeintlichen Vorzügen „Selbstständiger Schulen“,  
Frankfurter Rundschau vom 27. April 2009

## Beispiel Markt- statt staatlicher Steuerung



Pädagogische Werte	Marktwerte
individuelle Bedürfnisse von Schule und Schüler	individuelle Leistung von Schule und Schüler
Gemeinsamkeit (heterogene Klassen, offener Zugang, Inklusion)	Ausdifferenzierung und Hierarchisierung (Lernbedingungen, Leistungsklassen, selektiver Zugang, Exklusion)
dient dem Gemeinwohl	ist attraktiv für „Abnehmer“ und „Kunden“
Ressourcenallokation schwerpunktmäßig bei den am meisten Hilfsbedürftigen	Ressourcenallokation schwerpunktmäßig bei jenen, die als besonders begabt erscheinen
Kollektivität (Kooperation zwischen Schulen und Schülern)	Konkurrenz (zwischen Schulen und Schülern)
umfassende Wertschätzung aufgrund einer Vielzahl akademischer und sozialer Qualitäten	begrenzte Wertschätzung aufgrund des Erreichens von Leistungsindikatoren
die Bildung aller Kinder und Jugendlichen ist gleichermaßen wertvoll und wichtig	der Wert der Bildung von Kindern und Jugendlichen ist abhängig von entstehenden Kosten und späterem Nutzen

Quelle: Ball, S./Youdell, D. (2008): Hidden Privatisation in Public Education, S. 96

### **3. Morgen: Wohin der Wind weht**

## Endogene Privatisierung weiter gedacht...



- stl. Bildungseinrichtungen werden ausgezehrt, Drittmittelakquise forciert
- staatliche Bildungseinrichtungen werden zu Unternehmen umgebaut und anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien organisiert (GEW etc.):
  - Ziel- und Leistungsvereinbarungen (Leistung z.B. Berufsschüler finden gleich Arbeitsplatz), eigene Budgets, teils eigene Personalverantwortung, Schulmanager und -vorstände, „Output“-Orientierung, Schulprofile werden installiert
  - so genanntes „Quality Management“ wird installiert, wobei Qualität „Effizienz bei der Erfüllung quantitativer Kriterien“ umschreibt
- Markt, Wettbewerb, Konkurrenz werden unter ihnen erzwungen
- **Markteintrittshürden werden beseitigt – geschützter Markt wird geöffnet:**
  - so noch nicht vorhanden: vollständige Finanzhoheit der Einzeleinrichtungen
  - Standards werden dereguliert (Gehälter, Wissensstände, Klassengrößen, Pausenregelungen, Arbeitsschutz, Lehr- und Lernformen), Staat kontrolliert einzig „Output“
  - Lehrer werden von Landesbeamten auf Lebenszeit zu prekären Schulangestellten
  - Mittelzuweisung an Schulen erfolgt „erfolgs-“ bzw. „leistungsorientiert“
  - Finanzierung von Staats- und Privatschulen wird angeglichen
  - freie Schulwahl und Schulgutscheine werden eingeführt (Quasimarkt ist geöffnet!)
  - ggf. Übertragung öffentlicher Schulen an Private („Charter Schools“ wie in USA)

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

"The 'market form' is the key device of hidden privatisation in education."

*Ball, S./Youdell, D. (2008):  
Hidden Privatisation in Public Education, S. 18*

„The ‚flexibilisation‘ of teachers work is a key component of most versions of privatisation, threatening to alter both the perception of teachers within society and the quality of students' experience in schools.“

*Ball, S./Youdell, D. (2008):  
Hidden Privatisation in Public Education, S. 10*

## Nächster Angriff - von (mindestens) zwei Seiten



### Kommunale Schule oder Bildungslandschaft:

„Daher wollen wir Modelle erproben, Schulen ganz in kommunale Verantwortung zu geben. Das Modell der selbstständigen Schule schafft hierfür den geeigneten organisatorischen Rahmen.“

SPD Hessen: Haus der Bildung. Chancen eröffnen – Perspektiven geben!

### Bürgerschule:

„Bürgerschule für Berlin! [...] Wir ermöglichen die Privatschule für alle! [...] Zusätzlich besteht die Möglichkeit, die Organisation bisher öffentlicher Schulen auf freie Träger wie Vereine, Stiftungen oder Kirchen zu übertragen, um von deren pädagogischen Konzepten zu profitieren.“

FDP Berlin: Bürgerschule für Berlin:  
Ein innovatives Modell der FDP-Fraktion

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

### Grundsätzlich:

#### *Es ist sinnvoll:*

- Schulen zu demokratisieren und Schülern, Eltern und Lehrern und Schulträgern generell mehr Mitbestimmung zu ermöglichen – unter anderem in Bezug auf Personalentscheidungen;
- die Rechtsansprüche von Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie Kommunen bzw. Schulträgern und Schulen gegenüber den Ländern und Landkreisen auszubauen und aufzuwerten;
- Transparenz für Entscheidungen an und über Schule herzustellen;
- Bildungsangebote vor Ort besser miteinander zu vernetzen und aufeinander abzustimmen;
- kommunale Bildungszuständigkeiten zu konzentrieren (1 Amt statt 4 oder 5);
- vor Ort AnsprechpartnerInnen und Beratungsangebote zu schaffen;
- LehrerInnen besser auszubilden, zu coachen etc. pp.

#### *Aufzuwertende Rechtsansprüche wären unter anderem:*

- den Schulträgern ein grundsätzliches Recht auf Gründungen von IGSen im echten Ganztags und ohne Zwang zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung zu gewähren;
- den Schulträgern einen grundsätzlichen Anspruch auf bedarfsgerechte Landeszuweisungen (mindestens im Rahmen des Konnexitätsprinzips) zuzusprechen;
- Schulschließungen nur im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen sowie ggf. Eltern, Schülern und Lehrern vorzunehmen;
- Eltern - wie in Finnland - einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kleinstkinder in unmittelbarer Wohnortnähe zu gewähren usw. usf.;
- Schülern einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Beschulung bis zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife in unmittelbarer Wohnortnähe zu gewähren;
- die pädagogischen Freiheiten der Lehrer zu erweitern, sie bspw. auf Noten verzichten zu lassen etc.

#### *Nicht sinnvoll ist es hingegen:*

- viel Mühe in die Unterstützung von Projekten einzubringen, die unter der Prämisse stehen, dass mit stagnierenden oder sogar sinkenden Mitteln die Qualität im Bildungssystem gesteigert werden könnte (in der Regel „Durchsetzungsrhetorik“ für andere Ziele);
- Schulen zu Betrieben umzubauen;
- Schulleiter als Unternehmensleiter einzusetzen;
- Schulen untereinander in Wettbewerb zu setzen (Marktsimulation);
- Schulen entsprechend der Nachfrage und/oder ihrer messbaren „Leistungen“ zu finanzieren;
- die pädagogischen Freiheiten durch betriebswirtschaftliche Steuerung, Leistungskennzahlen und Zielvereinbarungen sowie „Total Quality Management“, die allesamt Qualität in Effizienz umdefinieren, sukzessive abzuschaffen;
- Personalhoheit oder Schulaufsicht von der Landesebene weg zu verlagern.

## Zitate

„Erst wenn die Kommunen durch erweiterte Zuständigkeiten [...] über **inhaltliche und personelle Gestaltungsmöglichkeiten** verfügen, werden sie in die Lage versetzt, die systemimmanenten wie die örtlichen Ressourcen im Interesse der jungen Menschen [...] miteinander [zu] verbinden“ (Hessischer Landkreistag.: 18f.).

„Schulen werden langfristig nicht mehr ein **staatlich vorgegebenes Angebot** liefern können, das von der Lehrerauswahl bis zur Pausenregelung zentral gesteuert wird“ (Armin Lohmann (2009): S. 105).

„In nordrhein-westfälischen Verwaltungen [...] werden die Ressorts Kindertagesstätte, Schule und Jugend, Erwachsenenbildung mit der Abteilung regionale Wirtschaftsförderung zusammengeführt, um **Synergien für ökonomische und bildungspolitische Konzepte** zu erzielen“ (ebd.: 106).

„U.a. soll dazu das Bildungswesen ausgerichtet werden auf die veränderten sozialen gesellschaftlichen Strukturen, auf ein biografisches Bildungsverständnis und auf den **zukünftigen Fachkräftebedarf der regionalen Wirtschaft**“ (Dorothea Minderop (2009): S. 40f.).

„Es gibt Überlegungen, das Projekt ‚Brückenjahr‘ seitens des Kreises auf alle Grundschulen auszuweiten und zu einer **Kooperation von Schulen z.B. mit Dau-Chemical** zur Problematik ‚Naturwissenschaft und Mathematik in Unterricht und Praxis‘“ (Dorothea Minderop (2008): S. 4).

## Zitate

Schluss mit Anspruchsdenken!

„Technische Vorgaben für die Ausstattung von Schulgebäuden in Deutschland müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Wer sich im europäischen Ausland umschaute, wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich Deutschland **maximale Ausstattungsstandards** leistet, bei inhaltlichen Leistungsvergleichen wie der PISA-Studie aber schlecht abschneidet. In Deutschland muss möglich sein, was in vielen europäischen Ländern Realität ist: Schuleinrichtungen müssen zwar sicher sein, Kindern und Jugendlichen kann jedoch **das allgemeine Lebensrisiko**, das sie auch außerhalb der Schule betrifft, nicht abgenommen werden“ (Hessischer Landkreistag: S. 7).

Jens Wernicke / Arbeitstagung "Bildungsfinanzierung und Privatisierung" der GEW Hamburg / 12. November 2011

## Fazit:

Bürger- und Kommunale Schule | Bildungslandschaft sind beides **Durchsetzungsinstrumente** für die „**nächste**“ **Stufe endogener Privatisierung**: Beide Maßnahmen zielen immanent auf die Abschaffung von **Markteintrittshürden** sowie die **Öffnung des bisher geschützten Bildungsmarktes** für Private ab – vor allem durch:

- Dezentralisierung der Verantwortung für Bildung und (somit) Deregulierung von Wissens- und Arbeitsstandards;
- die klare Vorgabe, Lehrer von Landesbeamten auf Lebenszeit zu Kommunal- oder Schulangestellten mit befristeten Verträgen zu machen.

**Vielen Dank!**